



Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2006

Ende Oktober 2005 hat die Kommission ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm für 2006 „Das ganze Potential Europas freisetzen“ vorgelegt. Das Programm gestaltet die Jährliche Strategieplanung aus und konzentriert sich wie diese auf die Kernziele Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Europa als Partner in der Welt. Das Arbeitsprogramm, das dem EU-Ausschuss zur federführenden Beratung überwiesen wird, ermöglicht eine rechtzeitige Beteiligung an den geplanten legislativen Vorhaben sowie den angekündigten Mitteilungen, Grün- und Weißbüchern und – soweit es um die Außenbeziehungen der EU geht – den strategischen Überlegungen für die weitere Ausgestaltung auf intergouvernementaler Ebene.

Titel	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Das ganze Potential Europas freisetzen, Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2006 KOM (2005) 531endg.
Datum des Dokuments	25. Oktober 2005
Bereich	Planungsdokument
Rechtsgrundlagen	Nicht erforderlich, da Mitteilung
Verfahren	Entfällt
Stand des Verfahrens	Abstimmung im EP für den 14. Dezember 2005 geplant

Neben der eingangs erwähnten Jährlichen Strategieplanung, die gewöhnlich im ersten Quartal eines Jahres für das Folgejahr erstellt wird, stellt die Kommission mit ihrer im Oktober veröffentlichten Mitteilung über das Legislativ- und Arbeitsprogramm (nachfolgend: Arbeitsprogramm) die Planung für 2006 vor. Darin werden anstehende legislative Vorschläge ebenso wie Maßnahmen nicht legislativer Art (z.B. Mitteilungen, Grün- und Weißbücher) vorgestellt. Diese Vorausschau erlaubt den Adressaten und am Entscheidungsprozess Beteiligten, sich auf die anstehenden Themen vorzubereiten und rechtzeitig Positionen zu erarbeiten. Das Arbeitsprogramm für 2006 besteht aus einer Einleitung und Anlagen, in denen die Vorhaben,

nach Themengruppen geordnet, genannt sind. Die Mitteilung einleitend erklärt die Kommission, dass der Politikmix aus Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit, Schutz der Bürger und Förderung der Freiheiten erhalten bleiben solle. Nach der erwarteten Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 will die Kommission 2006 die Finanzierungsprogramme, die ab Januar 2007 funktionsfähig sein müssen, im kommenden Jahr intensiv vorbereiten. Gleichzeitig wird die neu ausgerichtete Lissabon-Strategie 2006 in die Durchführungsphase kommen. Die Kommission kündigt deshalb eine neue Generation von Programmen bei den Strukturfonds, für die Entwicklung des

ländlichen Raumes und in den Bereichen Innovation, Forschung und Bildung an. Bereichsübergreifend verpflichtet sich die Kommission, ihre Arbeit einer stringenten Rechtsetzungsdisziplin zu unterstellen. Vereinfachung, Modernisierung und eine verbesserte Folgenabschätzung seien Querschnittsaufgaben für alle Maßnahmen in den insgesamt vier Kernbereichen.

Zu den vier Kernzielen

Zur Sicherung des ersten Kernzieles **Wohlstand** will die Kommission durch stabile Rechtsetzung, eine angemessene Wirtschaftspolitik und Investitionsförderung beitragen. Leitlinie bleibt die reformierte Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Die Kommission will dem Europäischen Rat im Frühjahr über die vorzulegenden nationalen Reformprogramme und Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene berichten.

Von den in der Prioritätenliste im Anhang zur Mitteilung insgesamt 30 aufgelisteten Maßnahmen zu diesem Kernziel sind 17 Legislativvorschläge, 2 Weißbücher und 15 Mitteilungen, Empfehlungen und andere Initiativen. Die Kommission untergliedert die Maßnahmen in die Themenkomplexe Wissen und Innovation, Investitionsförderung, Arbeit und Erweiterung der Euro-Zone.

Bei den forschungs- und innovationspolitischen Aktivitäten sieht die Kommission noch besonderes Potential und hält einen Verordnungsentwurf zur Einrichtung eines Europäischen Instituts für Technologie bereit für den Fall, dass der Europäische Rat sich im kommenden Frühjahr auf die Einrichtung eines solchen Institutes grundsätzlich verständigen wird. Weitere Vorhaben betreffen das Forschungsrahmenprogramm 2007 und den Aktionsplan *e-government* im Rahmen der Initiative *i2010*. Verbesserungen bei Transparenz, Transfer und Anerkennung von Qualifikationen sollen die Mobilität der Arbeitnehmer fördern. Beihilfe- und Steuerbestimmungen sowie eine neue Generation von Zoll- und Steuerprogrammen (Fortentwicklung des Programms *Fiscalis 2013*) einschließlich einer Strategie zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung sollen die Wettbewerbsfähigkeit sowohl der KMU wie in Schlüsselbranchen (Automobilindustrie, Rüstungsgüter, elektronische Kommunikation) stärken. Besondere Aufmerksamkeit will die Kommission mit mehreren Mitteilungen den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, Energiemarkt und saubere Kohletechnologie widmen. Sektorbezogene Regelungen etwa für Postdienste, den Banksektor, das öffentliche Beschaffungswesen, Wertpapierclearing und öffentlich-private Partnerschaften

sollen dazu beitragen, den Binnenmarkt zu verwirklichen.

Im Kernzielbereich **Solidarität** geht es vornehmlich um die Arbeit an langfristigen Zielvorgaben: Reaktionen auf die demografischen Veränderungen, Steuerung von Migrationsströmen, nachhaltiges Ressourcenmanagement und die Folgen des Klimawandels gehören ebenso dazu wie der verstärkte Einsatz der Methode der offenen Koordinierung im Bereich Soziales. Um die Mobilität der Bürger zu unterstützen, will die Kommission für grenzüberschreitende zivilrechtliche Fragestellungen Lösungen anbieten. Betroffen sind Regelung zu Scheidung, zum ehelichen Güterstand, zur Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen. Neben 10 Legislativvorschlägen umfasst das Kapitel 18 weitere Vorhaben, darunter 6 Grünbücher.

Ein Schwerpunkt des dritten Kernbereiches **Sicherheit** ist die bessere Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens. Die Kommission kündigt Initiativen an zur Einführung eines kohärenten Strafregister-Informationssystems und eine Überprüfung der Cybersicherheit an. Zur Sicherung der Außengrenzen soll der Acquis im Bereich der Visapolitik aktualisiert werden. Die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit soll intensiviert werden einschließlich des Austausches von wichtigen Informationen und so genannten Best Practices. Zum Schutz der Bürger hat die Kommission Maßnahmen im Verbraucherschutz, der Lebensmittelsicherheit, der Verkehrssicherheit (Agentur für Flugsicherheit und Europäische Eisenbahnagentur) und zum Schutz der Kommunikations- und Informationssysteme angekündigt.

Das vierte Kernziel fasst unter der Überschrift **Europa als Partner in der Welt** Vorhaben im Bereich des Außenhandels der Gemeinschaft zusammen. Im Verhältnis zu den Nachbarn wird die Kommission im Rahmen der Erweiterungsverhandlungen, des Stabilisierungsprozesses und der Aktionspläne zur Nachbarschaftspolitik tätig. Im Frühjahr wird die Kommission die Fortschrittsberichte zu Rumänien und Bulgarien vorlegen, deren Beitritt unmittelbar bevorsteht. Auch zu Kroatien und der Türkei wird die Kommission über die Fortschritte berichten. Mit Serbien und Montenegro sowie Bosnien-Herzegowina wird über Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen verhandelt, deren Abschluss die Kommission noch 2006 erwartet. Mit Russland und der Ukraine will die Kommission zu Vereinbarungen kommen. Für Verhandlungen mit der Ukraine über eine Freihandelszone strebt die Kommission ein Mandat des

Rates an. Die Kommission hat auch eine Mitteilung zur Einrichtung eines integrierten Energiemarktes mit den Nachbarländern angekündigt.

Bei der Entwicklungshilfepolitik will sich die Kommission auf Afrika als Hauptzielgebiet konzentrieren und entsprechend der neuen Strategie zu Afrika die angestrebte Partnerschaft auf die Bereiche *Governance* und Infrastruktur ausrichten. Neben humanitären Hilfen will die Kommission die Außendimension der Wettbewerbsfähigkeit durch Empfehlungen zur Handelspolitik

befördern und hat neben der Doha-Runde dabei China als zweitwichtigsten Handelspartner besonders im Blick. Europa solle sich – so die Kommission – „mit *einer* Stimme Gehör“ verschaffen. Angestrebt wird daher mehr Kohärenz und Effizienz im auswärtigen Handeln.

Das Europäische Parlament hat am 15. November 2005 über das Arbeitsprogramm der Kommission beraten. Eine Abstimmung ist für den 14. Dezember 2005 vorgesehen.

Quelle:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Das ganze Potential Europa freisetzen, Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2006, KOM (2005) 531 endg.

Heike Baddenhausen, Fachbereich XII – Europa, Tel.: 227-33614, E-mail: vorzimmer.wf12g@bundestag.de